

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 11. Juli.

Der Gemeinderat hielt heute seine letzte Sitzung vor den Ferien, die bis Anfang September dauern werden. Er erledigte die Automobilsteuer, worüber sich die Christlichsozialen, die ja im Wiener Gemeinderat auch alle Luxusgenießer vertreten müssen, ganz ungewöhnlich aufregten. Die Luxussteuer wurde natürlich von der sozialdemokratischen Mehrheit beschlossen, mit einem Zusatzantrag Forstner's, der die Lohnfuhrwerke schont. — Bei einem Referat über die Tuberkuloseheilstätte in dem Flüchtlingslager Steinklamm gaben die Christlichsozialen Antisemiten und die Jüdischnationalen ein Extrakonzerz in Zwischenrufen über die Vaster und Borzüge von Juden und Antisemiten. Bei den übrigen Referaten haben sich weder bei den Antisemiten noch bei den Juden besondere Aufregungszustände gezeigt.

Bürgermeister Reumann führt den Vorsitz.

Der Bürgermeister bringt einen Bericht der Straßenbahndirektion zur Kenntnis, aus dem zu entnehmen ist, daß vom 11. bis 30. Juni, also in den ersten fünfzehn Tagen der erhöhten Fahrpreise, im Vergleich zur gleichen Zeit des vorigen Jahres ein Rückgang der Fahrkartenausgabe um 13,9 Prozent festzustellen ist. Der Berechnung lag ein Rückgang von 8 Prozent der gesamten Kartenausgabe zugrunde, während 7 Prozent weiter für den Uebergang von Fahrgästen auf die Stadtbahn vorgesehen wurden. Ein Lares Bild wird jedoch erst nach Ablauf eines größern Zeitraumes möglich sein.

Auf eine Beschwerde des Christlichsozialen Gemeinderates Huber aus der letzten Sitzung wegen der Einmischung des Arbeiterrates von Rudolfsheim bei der Frühkartoffelausgabe verliest der Bürgermeister eine Neuerung des Marktamtes, dem zu entnehmen ist, daß die eingelagerten Kartoffeln vom Marktamt als Verderbissen bezeichnet wurden und deshalb ohne Kartenzwang um vier Kronen das Kilogramm abgegeben wurden. Später wurde eine zweite Kartoffelendung vom Bezirkswirtschaftsrat beschlagnahmt, worauf der Arbeiterrat den Verkauf wünschte, was die Geschäftsleute zulassen. Der Bürgermeister sagt, daß die Ereignisse durch die Handlungen des Marktamtes provoziert wurden. Er werde darauf dringen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen. Wenn im Sinne des Gesetzes gehandelt wird, wird sich der Arbeiterrat nicht zu ähnlichen Handlungen hinreißeln lassen müssen.

Interpellationen und Anträge.

Staret verweist darauf, daß die Länder ihre Naturschätze wie Holz und Salz der Entente als Kompensations- oder Pfandobjekte zur Deckung ihrer Bedürfnisse, nicht aber für die Beschaffung von Lebensmitteln für Wien anbieten wollen, und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, seine Haltung gegenüber diesem Egoismus der Länder, der einer offenen Feindseligkeit gegen Wien gleichkommt, zu kennzeichnen. — Der Bürgermeister erwidert, daß, wenn die Länder verlangen, daß ihre Naturschätze und die Vermögensabgabe in ihrer Verwahrung bleiben und der Verfügung der Staatsregierung entzogen werden, Wien das gleiche fordern kann. Ich glaube, aufmerksam zu machen, daß sie keinesfalls ganz unabhängig von Wien sind. — Schleifer bringt Klagen der Geschäftsleute über Preissteigerungen von Lebensmitteln durch die städtischen Abgabestellen vor. — Der Bürgermeister wird einen Bericht des Magistrats einholen. — Karl Schmid teilt mit, daß im Gebiet der Kahlenberger Eisenbahngesellschaft für eine private Hauswirtschaft eine großartige Holzfällung vorgenommen werden soll. — Der Bürgermeister antwortet, daß die Absicht besteht, im Gebiet der Kahlenbergbahn Holzschlaggerungen vorzunehmen, doch müssen die öffentlichen Rücksichten im Falle einer Abholzung gewahrt bleiben. — Marie Kramer verlangt, daß die Instandsetzungsarbeiten in der Schule in der Grasgasse unverzüglich in Angriff genommen werden. — Jorde begehrt die Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes in der Keim- und Gurkgasse, so daß die Benützung dieser Schulen zu Beginn des nächsten Schuljahres voraussichtlich noch rechtzeitig möglich sein wird. — Marie Kramer wünscht Freibäder im Wienfluss. — Reumann erwidert, daß in der zwischen Mauern gefakten Strecke die Errichtung von Badeanlagen aus verschiedenen Gründen undurchführbar sei. — Simon verweist darauf, daß Straßenbahnwagen weite Strecken leer fahren, da die Schaffner angeben, daß der Wagen eingezogen wird, und verlangt, daß jeder Wagen, solange er im Betrieb ist, voll und ganz ausgenützt wird. — Der Bürgermeister berichtet, daß alle eingeschobenen und eingezogenen Züge, die vorschriftsmäßig mit Fahrern und Schaffnern besetzt sind, auch wenn sie nicht eine normale Linie befahren, Fahrgäste mitzunehmen haben, ebenso die Züge, die aus betriebstechnischen Gründen von einem Bahnhof zum anderen oder von den Werkstätten übergeführt werden. — Schüh bespricht die lange Dauer der Gleisauwechslung der Straßenbahn in der Reulerchenfelderstraße von der Haltestelle Gürtel bis zur Haltestelle Blindengasse. — Reumann erwidert, daß die Arbeiten von der Fertigstellung des Ottakringerbach-Entlastungskanales abhängen. — Bauer beantragt die Wiedereinführung der Haltestelle der Straßenbahn auf der Linie 71 bei der Geyraße, Marie Kramer eine fünfaliiedrige gemeinderätliche Kommission.

Die Sitzung wurde durch den Gemeinderat beschlossen. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Automobilsteuer zu beschließen, mit einem Zusatzantrag Forstner's, der die Lohnfuhrwerke schont. Bei einem Referat über die Tuberkuloseheilstätte in dem Flüchtlingslager Steinklamm gaben die Christlichsozialen Antisemiten und die Jüdischnationalen ein Extrakonzerz in Zwischenrufen über die Vaster und Borzüge von Juden und Antisemiten. Bei den übrigen Referaten haben sich weder bei den Antisemiten noch bei den Juden besondere Aufregungszustände gezeigt. Bürgermeister Reumann führt den Vorsitz. Der Bürgermeister bringt einen Bericht der Straßenbahndirektion zur Kenntnis, aus dem zu entnehmen ist, daß vom 11. bis 30. Juni, also in den ersten fünfzehn Tagen der erhöhten Fahrpreise, im Vergleich zur gleichen Zeit des vorigen Jahres ein Rückgang der Fahrkartenausgabe um 13,9 Prozent festzustellen ist. Der Berechnung lag ein Rückgang von 8 Prozent der gesamten Kartenausgabe zugrunde, während 7 Prozent weiter für den Uebergang von Fahrgästen auf die Stadtbahn vorgesehen wurden. Ein Lares Bild wird jedoch erst nach Ablauf eines größern Zeitraumes möglich sein. Auf eine Beschwerde des Christlichsozialen Gemeinderates Huber aus der letzten Sitzung wegen der Einmischung des Arbeiterrates von Rudolfsheim bei der Frühkartoffelausgabe verliest der Bürgermeister eine Neuerung des Marktamtes, dem zu entnehmen ist, daß die eingelagerten Kartoffeln vom Marktamt als Verderbissen bezeichnet wurden und deshalb ohne Kartenzwang um vier Kronen das Kilogramm abgegeben wurden. Später wurde eine zweite Kartoffelendung vom Bezirkswirtschaftsrat beschlagnahmt, worauf der Arbeiterrat den Verkauf wünschte, was die Geschäftsleute zulassen. Der Bürgermeister sagt, daß die Ereignisse durch die Handlungen des Marktamtes provoziert wurden. Er werde darauf dringen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen. Wenn im Sinne des Gesetzes gehandelt wird, wird sich der Arbeiterrat nicht zu ähnlichen Handlungen hinreißeln lassen müssen. Interpellationen und Anträge. Staret verweist darauf, daß die Länder ihre Naturschätze wie Holz und Salz der Entente als Kompensations- oder Pfandobjekte zur Deckung ihrer Bedürfnisse, nicht aber für die Beschaffung von Lebensmitteln für Wien anbieten wollen, und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, seine Haltung gegenüber diesem Egoismus der Länder, der einer offenen Feindseligkeit gegen Wien gleichkommt, zu kennzeichnen. — Der Bürgermeister erwidert, daß, wenn die Länder verlangen, daß ihre Naturschätze und die Vermögensabgabe in ihrer Verwahrung bleiben und der Verfügung der Staatsregierung entzogen werden, Wien das gleiche fordern kann. Ich glaube, aufmerksam zu machen, daß sie keinesfalls ganz unabhängig von Wien sind. — Schleifer bringt Klagen der Geschäftsleute über Preissteigerungen von Lebensmitteln durch die städtischen Abgabestellen vor. — Der Bürgermeister wird einen Bericht des Magistrats einholen. — Karl Schmid teilt mit, daß im Gebiet der Kahlenberger Eisenbahngesellschaft für eine private Hauswirtschaft eine großartige Holzfällung vorgenommen werden soll. — Der Bürgermeister antwortet, daß die Absicht besteht, im Gebiet der Kahlenbergbahn Holzschlaggerungen vorzunehmen, doch müssen die öffentlichen Rücksichten im Falle einer Abholzung gewahrt bleiben. — Marie Kramer verlangt, daß die Instandsetzungsarbeiten in der Schule in der Grasgasse unverzüglich in Angriff genommen werden. — Jorde begehrt die Wiederinstandsetzung des Schulgebäudes in der Keim- und Gurkgasse, so daß die Benützung dieser Schulen zu Beginn des nächsten Schuljahres voraussichtlich noch rechtzeitig möglich sein wird. — Marie Kramer wünscht Freibäder im Wienfluss. — Reumann erwidert, daß in der zwischen Mauern gefakten Strecke die Errichtung von Badeanlagen aus verschiedenen Gründen undurchführbar sei. — Simon verweist darauf, daß Straßenbahnwagen weite Strecken leer fahren, da die Schaffner angeben, daß der Wagen eingezogen wird, und verlangt, daß jeder Wagen, solange er im Betrieb ist, voll und ganz ausgenützt wird. — Der Bürgermeister berichtet, daß alle eingeschobenen und eingezogenen Züge, die vorschriftsmäßig mit Fahrern und Schaffnern besetzt sind, auch wenn sie nicht eine normale Linie befahren, Fahrgäste mitzunehmen haben, ebenso die Züge, die aus betriebstechnischen Gründen von einem Bahnhof zum anderen oder von den Werkstätten übergeführt werden. — Schüh bespricht die lange Dauer der Gleisauwechslung der Straßenbahn in der Reulerchenfelderstraße von der Haltestelle Gürtel bis zur Haltestelle Blindengasse. — Reumann erwidert, daß die Arbeiten von der Fertigstellung des Ottakringerbach-Entlastungskanales abhängen. — Bauer beantragt die Wiedereinführung der Haltestelle der Straßenbahn auf der Linie 71 bei der Geyraße, Marie Kramer eine fünfaliiedrige gemeinderätliche Kommission.